

Danziger Zeitung

No 16255.

1887.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Rethenberger-
gasse Nr. 4 und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inserate kosten
für die Zeitspalt oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

Telegramme der Danziger Ztg.

Berlin, 14. Januar. (Privattelegramm.) Heute Mittag 1 Uhr findet eine Bundesrathssitzung statt, in welcher über die Stellungnahme des Bundesraths zu den Beschlüssen des Reichstags über den Gefek-entwurf betreffend die Friedenspräsenzstärke be-
rathen wird.

(Nach Schluss der Redaktion eingetroffen.)
Berlin, 14. Januar. (Privat-Telegr.) Es ist möglich, daß die dritte Lesung abgewartet wird, ehe die Auflösung erfolgt; Abg. v. Stauffenberg zieht als aussichtslos alle principalen freisinnigen Anträge zurück, so daß nur der Antrag Stauffenberg bleibt, alles für drei Jahre zu bewilligen.

Der Antrag Stauffenberg wurde mit 187 gegen 154 Stimmen angenommen. 25 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung.

Berlin, 14. Jan., Nachmitt. 3 Uhr 8 Min. (Privat-Telegr.) Nach Annahme des § 1 erklärte Fürst Bismarck den Reichstag für aufgelöst.

Politische Uebersicht.

Danzig, 14. Januar.

Der Moment der Entscheidung

ist herangelommen. Die letzten Zweifel an den Entschlüssen der Regierung sind nunmehr beseitigt. Die kaiserliche Ordre, welche die Schließung des Reichstags verfügt, befand sich schon gestern in der bekannten roth-seidenen Mappe auf dem Tische des Ministers v. Böttcher. Heute, nach der Abstimmung, wird sich die Mappe öffnen und Herr v. Böttcher wird verkünden, daß ein Reichstag entlassen wird, obgleich er die Armeeverpflichtung bis zum letzten Mann bewilligen wollte, daß eine Volksvertretung aufgelöst wird, weil sie überhaupt einen eigenen Willen geltend zu machen und dem immer absolutistischen auftretenden Reichskanzler zu widersprechen wagte, weil sie sich nicht dazu hergab, willens- und bedingungslos den verlangten Bericht auf jede Mitwirkung bei den wichtigsten, das ganze Volk angehenden Maßregeln zu unterschreiben. Denn darum handelt es sich; das ist, kurz zusammengefaßt, der Kern des Conflicts, den man vom Jahre 1871 bis heute, den man wegen einer Nebenfrage herbeiführt, nachdem das Nachgeben der Opposition in der Hauptsache die ursprünglichen Berechnungen durchkreuzt hat. „Kaiserliches Heer oder Parlamentsheer“ ist die Parole, die Fürst Bismarck als Schlagwort in die Waagen zu werfen versucht hat. Wird es zünden? Wird das Volk verkennen, was diesmal auf dem Spiele steht? Die erste Auflösung, die wir erlebt, die vom Jahre 1878, war die Einleitung der Reaction. Das Socialistengesetz bildete nur den Vorwand. Heute bildet das Septennat den Vorwand; die Vollendung der Reaction ist das Ziel. Um Vollendung des Kanzler-absolutismus, Vernichtung des Parlaments des Volkswillens handelt es sich. Es gilt die Existenz des Reichstags. Wer das nicht einsieht, dem ist nicht zu helfen.

Die gestrige Reichstags-Sitzung

würde schon zur Entscheidung geführt haben, wenn nicht eine ganze Reihe von zeitraubenden Abstimmungen über die einzelnen Anträge nöthig wären. Dazu wurde es zu spät. Es ist freilich nicht recht ersichtlich, weshalb die Parteien ihre Anträge nicht sämtlich bis auf den allein entscheidenden Antrag Stauffenberg, alles auf 3 Jahre zu bewilligen, zurückzogen. Die übrigen Anträge präcificiren ja einen Standpunkt, den die Parteien in der Commission eingenommen haben, und die durch den Beschluß, dem Antrag Stauffenberg zuzustimmen, völlig illusorisch geworden sind. Doch das nur nebenbei. Die Thatfache, daß bis auf wenige Gruppen das ganze Haus bereit ist, die erhöhte Präsenzstärke zu bewilligen, hat gestern noch mehr wie vorgestern auf die Ausführungen des Reichskanzlers einen abschwächenden Einfluß ausgeübt. In seiner letzten Rede mußte der Reichskanzler sogar die Eventualität einer Budgetverweigerung des Reichstags in die Discussion ziehen, um die Conflictsituation, von der er sich bei den Wahlen viel zu versprechen scheint, aufrecht zu erhalten. Richter, dessen Brillantfeuerwerk, wie Dr. Bühl sich ausdrückt, die beiden ersten Stunden der Sitzung in Anspruch nahm, hatte ausdrücklich erklärt, daß er sich vom staatsrechtlichen Standpunkte aus mit der Erörterung der Verfassungstheorie des Reichskanzlers nicht beschäftigen werde, dazu würde es noch Zeit sein, wenn auch der neue Reichstag sich weigern sollte, sich auf der Grundlage des Septennats mit dem Reichskanzler zu verständigen. Fürst Bismarck's Ausführungen waren gestern nicht nur reich an Widersprüchen, sondern auch an Widersprüchen. So wird das eine Mal das Aeternat, welches die Regierung im Jahre 1874 beantragt hatte, und welches der Kriegsminister in der Begründung der Vorlage auch als allein den Wünschen der Verwaltung entsprechend bezeichnet hat, als eine Beschränkung des Kaisers zurückgewiesen. Ein anderes Mal bezeichnet Fürst Bismarck das Septennat, d. h. den Bericht auf eine dauernde Feststellung der Friedenspräsenz, als ein wesentliches Zugeständnis, welches die Regierung dem Reichstage gemacht haben sollte.

Es würde viel leichter sein, die Nothwendigkeit des Septennats nachzuweisen, wenn die Regierung auch ihrerseits an dieser Beschränkung festgehalten hätte. Sie hat es diesmal nicht gethan; denn das jetzige Septennat läuft erst am 1. April 1888 ab. Aber auch im Jahre 1880 ist die Erhöhung der Präsenzstärke des Gesetzes von 1874 neun Monate vor Ablauf des Gesetzes in Kraft getreten. Wir haben das Septennat thatsächlich nie gehabt. Der Reichskanzler hat es selbst im Stich gelassen, und auf das gestern von den Freisinnigen und dem

Centrum gemachte Angebot, ein Ergänzungsge-
setz zu machen, die Erhöhung in Allem zu bewilligen und dann nach Ablauf des gegenwärtigen Septennats über das neue Septennat zu beschließen, ging er gar nicht ein. Wo bleibt da das Septennat? Und da soll man noch glauben, daß das Septennat Selbstzweck sei?

Der „Nuntius in Berlin“.

Der mit den vaticanischen Kreisen in Fühlung stehende Correspondent der „Pol. Corresp.“ schreibt aus Rom, 10. Januar:

In verschiedenen Blättern tauchte wiederholt die Nachricht auf, daß der heilige Stuhl einen deutschen Bischof beauftragt habe oder zu beauftragen beabsichtige, die Functionen eines Nuntius beim Berliner Hofe zu übernehmen, ohne daß jedoch dem betreffenden Bischof der Charakter eines päpstlichen Nuntius wirklich zukäme. Diese Behauptung entbehrt aller und jeder Begründung. Ein solcher Schritt des heiligen Stuhls würde den Traditionen desselben durchaus widersprechen. Die kirchenpolitischen Angelegenheiten in Deutschland entwickeln sich in regelmäßiger und beide Parteien befriedigender Weise. Würde es dem heiligen Stuhl geboten erscheinen, eine Vertretung am Berliner Hofe zu creiren, so würde er gewiß nicht eine halbe Maßregel, wie die ihm in den erwähnten Nachrichten zugeschriebene, ergreifen, sondern einen Nuntius in Berlin bestellen.

Friedliche Tendenzen.

Das officiöse „Journal de St. Pétersbourg“ weist auf die Reden des Fürsten Bismarck und des französischen Kammerpräsidenten Carnot hin und hebt die friedlichen Tendenzen hervor, welche sowohl in diesen Reden, wie auch sonst überall hervortreten, Tendenzen, welche alle Regierungen zu befähigen und zu befähigen suchen. Mit gleicher Genauigkeit citirt das Journal die so correcten Aeußerungen Goblets und Flourens gegenüber den bulgarischen Delegirten und den zutreffenden Commentar, welchen das „Journal des Debats“ dazu geliefert habe. Alles dieses seien unbestreitbare Symptome der Veruhigung und des Friedens, welche man mit Freuden bei Beginn des neuen Jahres verzeichnen könne. Es sei gestattet, zu hoffen, daß das neue Jahr diese glücklichen Prognostiken nicht Lügen strafen werde.

Mit Freuden theilen auch wir diese Hoffnung, wie wir es mit Freuden begrüßt haben, als Fürst Bismarck in seiner ersten Rede am Dienstag das Geheiß eines Conflicts mit Rußland völlig hinwegschuf. Dadurch tritt das Spiel, welches mit der Militärvorlage getrieben worden ist, in um so größere Beleuchtung. Wo ist der Krieg mit zwei Fronten, der noch in der Commission als Schreckmittel dienen mußte? Nirgend. In glänzender Weise sind der Kriegsminister mit seinen „geheimen Mittheilungen“ und die Motive desabouirt.

Der Wechsel im russischen Finanzministerium

ist nunmehr definitiv vollzogen. Einem Petersburger Telegramm zufolge ist gestern Geheimrath Wjshnegradski, Mitglied des Reichsraths, zum Verweiser des Finanzministeriums, der bisherige Finanzminister Bunge zum Präsidenten des Ministercomités ernannt worden.

Französische Andrüstungsmaßregeln.

In der gestrigen Sitzung der französischen Deputirtenkammer befaßte sich der Finanzminister auf eine Anfrage Soubeyrans, daß ein Credit von 86 Millionen für Veränderungen in der militärischen Ausrüstung in das rectificirte Budget eingestellt sei. Der Antrag Soubeyrans, diese Creditforderung zur Vorberatung an eine besondere Commission zu verweisen, wurde abgelehnt. In dem Motivenbericht zum Budget wird darauf hingewiesen, daß es im Interesse der Sicherheit des Landes nothwendig sei, nach und nach mit der Umarbeitung der Waffen und mit der Vervollständigung des Vertheidigungssystems Frankreichs vorzugehen. Hierzu sei ein Credit von 86 Millionen für das Jahr 1887 erforderlich, wovon 71 Millionen zur Anfertigung neuer Waffen und 15 Millionen zum Bau von Kasernen und zu Befestigungsarbeiten verwendet werden sollen.

Im deutschen Reichstage sind die Gelder für Beschaffung des neuen Repetiergewehrs schon vor zwei Jahren ohne jeden Widerspruch, ohne jede Debatte, im Stillen, ohne daß das Ausland etwas merkte, bewilligt worden. Das hindert unsere Gubernementalen freilich nicht, fortgesetzt die Reichstagsmajorität unpatriotischer Gesinnungen zu zeigen und ihr das französische Parlament als Muster von Patriotismus vorzuhalten, obgleich dasselbe erst jetzt mit vielem Applomb zu derselben Maßregel schreitet. Die Verleumdungen gegen die deutsche Opposition hören deshalb freilich nicht auf. Dagegen sachlicher Gründe bleibt ja nichts anderes übrig!

Stanley, Junker, Schnitzler.

Dem Afrikaforscher Stanley wurde gestern in London das Diplom als Ehrenbürger der Stadt überreicht. Bei dem darauf im Mansionhouse stattgehabten Dejeuner erwiderte Stanley auf einen vom Lord-Mayor auf ihn ausgebrachten Toast, daß die ihm übertragene Expedition nach dem Sudan lediglich der Befreiung Emin Bey's gälte, und daß er zur Lösung dieser Aufgabe einen Zeitraum von 3 Monaten für ausreichend halte.

Ueber die Ansichten des nunmehr in Cairo angekommenen Dr. Junker betreffs des Entlases Emin Bey's wird unterm 11. d. von dort weiter berichtet: Dr. Junker hält dafür, daß 1000 kampffähige Männer, entweder Indier oder Neger, erforderlich sind. Die Expedition würde nach dem Aufbruch von Zanzibar wahrscheinlich 4 Monate gebrauchen, um Emin Bey zu erreichen. Dr. Junker wünscht die Ansicht zu berichtigen, daß Emin Bey nicht begierig sei, von dort fortzukommen. Er wünsche dies sehr, und könnte es

allein thun, er will aber seine Truppen nicht im Stich lassen. Die Anzahl derjenigen, die zurückbefördert werden müßten, ist schwierig zu veranschlagen, da viele Truppen aus Eingeborenen bestehen, aber es sind über 1000 Personen, einschließlich Frauen und Kinder, vorhanden, die nicht marschiren könnten und getragen werden müßten. In Erwiderung auf Fragen betreffs Tipoo Tips war Junker sehr zurückhaltend. Er lehnte es ab, dessen Mitwirkung zu empfehlen, da dies gegen die öffentliche Meinung Europas sei; aber er nahm keinen Anstand, zu sagen, daß Tipoo, der 3000 Musketen beschlagnahmt, die Sache ausführen könnte und auch außer dem Eisenbahn-Vorrath, den gegenwärtig Emin Bey besitzt, keine weitere Bezahlung verlangen würde. Er sagte, er befürchte auf Seiten Tipoo's keine Verrätherie, und daß, falls die europäische Expedition mißlinge, Tipoo selber wahrscheinlich Emin Bey befreien würde. Dr. Junker schloß, indem er vor Allem Eile empfahl, damit eine Wiederholung der „Zu spät“-Politik vermieden werde.

Die bulgarische Deputation

ist heute früh von Paris nach Rom abgereist. Wie man aus Rom telegraphirt, wird sie bei ihrem Empfang der Minister des Aeußern, Graf Robilant, auf seine Erklärungen in der Kammer, sowie auf das Grünbuch hinweisen und bemerken, daß Bulgarien seinem russischen Befreier Ergebenheit schulde. Auch sei nicht anzunehmen, daß Rußland seinerseits den Boden des Berliner Vertrages verlassen werde. Die Bulgaren möchten in der bisher bekundeten Mäßigung verharren, die Ordnung im Innern aufrecht erhalten und, da ein großer Krieg für den Schwachen stets gefährlich sei, keine äußeren Verwicklungen provociren. Dies sei der einzige Rath, welchen die Freunde Bulgariens und Graf Robilant selbst ihnen erteilen könnten.

Mehr als einen „guten Rath“ bekommen also die Bulgaren auch hier nicht.

Der Geldüberfluß in der Union.

Präsident Cleveland soll entschlossen sein, den neuen, 50. Congreß schon bald nach der am 4. März erfolgenden Auflösung des jetzigen zu einer Extra-Session zusammenzuberufen, wenn nicht noch in der gegenwärtigen Session Maßregeln getroffen werden, um dem Uebermaß der Regierungseinkünfte, an dem die glückliche Union im Gegensatz zu dem Deficit des Staatshaushalts fast aller übrigen modernen Nationen laborirt, Einhalt zu thun. Damit ist natürlich in erster Linie die vom Präsidenten und dem Finanzminister wiederholt auf das Nachdrücklichste befohlene Reducirung der Zölle gemeint. Die Administration scheint somit fest entschlossen zu sein, eine Tarif-Revision herbeizuführen und wird zu diesem Zwecke ihre zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel unversucht lassen.

Indessen hat der Präsident bei seinem Vortrage der Einberufung einer Extra-Session wohl noch einen anderen Zweck im Auge. Er hat eingesehen, daß es der demokratischen Partei im Congreß an wirklichen Führern fehlt, welche im Stande wären, die Partei zu einer Einigung über die Tarif-Frage zu bringen und hofft, daß sich die Demokraten durch die Aussicht auf eine Extra-Session bestimmen lassen werden, sich seiner Führung anzuvertrauen. Seitdem dieser Vorschlag des Herrn Cleveland bekannt geworden, sind verschiedene Congreß-Mitglieder während der Weihnachts-Ferien eifrig mit der Ausarbeitung von Bills zur Herabsetzung von Steuern und Zöllen beschäftigt gewesen. So hat z. B. Herr Morrison drei verschiedene Gesetzesvorlagen entworfen, welche die Abschaffung der Zölle auf Bauholz, Reducirung der Zuder-Zölle um 25 Procent und der Zölle auf Stahlschienen auf 4 Dollar per Ton vorschreiben. Auch heißt es, daß die von Hewitt entworfene, der Morrison'schen Tarifbill angehängte Administrations-Bill separat eingebracht werden soll. Jedenfalls dürfte die Tarif-Angelegenheit somit nach Neujahr doch noch wieder auf's Tapet kommen. Ob aber in derselben etwas Ernstliches geschehen wird, ist sehr zweifelhaft, und so dürfte es denn aller Voraussicht nach zu der angekündigten Extra-Session kommen, da die Regierung nicht Willens ist, die Verantwortung dafür, daß in Bezug auf die nothwendige Verminderung der Regierungseinkünfte nichts geschieht, zu übernehmen.

Reichstag.

20. Sitzung vom 13. Januar.

Die zweite Beratung der Militärvorlage wird fortgesetzt.

Abg. Graf Moltke: Meine Worte am 11. Januar scheinen mißverstanden zu sein. Ich habe meine Vertheidigung darüber ausgesprochen, daß keine von den größeren Parteien im Hause der Regierung verweigern will, was sie zur Vertheidigung des Landes als nöthig verlangt; dann aber habe ich logisch hinzugefügt, daß die Bewilligung auf kurze Zeit, auf 1, auf 3 Jahre uns nichts nützt. Es kann also nicht zweifelhaft sein, daß ich der Ansicht bin, daß mindestens eine 7-jährige Dauer nothwendig ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. d. Decken (Welfe): Ja erster Linie stimme ich für den Antrag Bayer, nothgedungen, denn den Militarismus kann auf die Dauer unser deutsches Volk nicht ertragen. Trotzdem komme ich der Regierung entgegen, weil auch ich die äußere Lage als eine drohende ansehe. Deshalb halte ich mich für verpflichtet, die gesammte Ziffer zu bewilligen.

Abg. Richter: Der Reichskanzler sprach von einer heterogenen Majorität, an der er doch sonst keinen Anstoß genommen hat. War er nicht sehr erfreut, als er für seine Kornzölle und deren Erhöhung die Hilfe der Centrum's zu vielen seiner Gelehenwürde gebrauchte, und machte er nicht den Socialdemokraten ein recht freundliches Gesicht, als er glaubte, bei der Dampfervorlage von ihnen etwas mehr Unterstützung zu finden als von uns? Wenn er in der Kirchenpolitik unsere Unterstützung fand, so hat ihn der Name der Fortschrittspartei auch nicht abgelenkt. Er nimmt die Mehrheit, wo er sie findet (Zustimmung links). Er sagte, wenn er den Windthorst nenne, so sei der Abg. Richter auch dabei gemeint. Ich wünsche, es wäre so und wäre immer so gewesen, daß das Centrum dieselbe Richtung vertreten hätte, wie meine Partei. Aber

es war leider umgekehrt. Gerade wo Fürst Bismarck in seinem Sinne einen großen Erfolg erzielt zu haben glaubte, war das Centrum auf seiner, und nicht auf unserer Seite. Die Durchführung der Schutzpolitik, die neue Socialpolitik, die Einschränkung der Gewerbe-freiheit verdankt er Windthorst und seiner Partei. Da müssen wir uns schon freuen, die Unterstützung des Centrums wenigstens in dem Maße zu haben, wenn es sich darum handelt, ein Minimum von Rechten zu wahren und die äußerste Steuerbelastung von uns ab-zumehren. Der Reichskanzler hat von der bulgarischen Frage gesprochen und von Beschimpfungen der Regierung, in denen sich die unabhängige Presse überboten habe. Mir ist davon nicht das Mindeste bekannt, auch habe ich von keinem Strafantrag gehört, der doch im Fall vermeintlicher Beleidigungen der Regierung auf dem Fuß zu folgen pflegt. Verdächtigungen fand man nur auf Seiten der Regierungen, der abhängigen Presse. Eine Entstellung dessen, was die unabhängige Presse vertrat, ist auch, daß sie zum Kriege mit Rußland aufgefordert habe. Jene von der Regierungspresse abweichende Haltung der freisinnigen Presse in jener Zeit hat viele Verwirrungen einzig und allein ganz scharf in zwei Richtungen befördert. Was damals weite Kreise des Volkes empörte, war, daß die Regierungspresse zu dem Schurken-thum von Sofia fast applaudirte und ihn als eine günstige Lösung der äußeren Verhältnisse hinstellte. Das hat in Deutschland empört, weil über die Grenzen meiner Partei hinaus. (Widerpruch rechts, sehr wahr! links und im Centrum.) Gleich hieß es in der Regierungspresse: das sind die Herren Windthorst und Richter, wie Mar und Moritz in den Bilderbüchern für artige Kinder. (Geisterst.) Die national-liberale „Danziger Bienenballe“, die „National-liberale Correspondenz“, die „National-“, sogar die amtliche „Leipziger“ und das hochconservative „Dresdener Journal“ traten unserer ver-pöhten Auffassung bei. Der Reichskanzler sagte: Was geht es uns an, von wem und wie Bulgarien regiert wird! Schön! Dann war das ein Grund mehr für die offizielle Presse, sich nicht zu äußern, und wenn der Reichskanzler diesen Grund als nur ganz im September v. J. betätigte, so hätte die unabhängige Presse keinen Grund gehabt, gegen ihn Stellung zu nehmen. Aber er fiel der bulgarischen Justiz durch eine diplomatische Note in die Hände, um zu verhindern, daß die Hochverräter von Sofia so bestraft würden, wie es nach der bulgarischen Justiz angebracht war. Dagegen haben wir Stellung genommen, nicht um einen Krieg mit Rußland hervorzuheben, sondern um uns gegen eine politische Einmischung in die inneren bulgarischen Angelegenheiten zu wehren. Lag nicht die Erinnerung an den deutsch-russischen Auslieferungsvertrag nahe, der uns im Mai v. J. vorlag, und in dessen Motiven es heißt: „Deutsch-land hat nicht den Beruf, bei solchen Verbrechen des Hochverraths der Bestrafung der anderen Ländern Angehörigen durch die Gerichte der Heimath hindernd in den Weg zu treten.“ Ich habe das un-schreibbare Verdict des Reichskanzlers anerkannt, daß er eine Verdonnung und Alliance mit Oesterreich-Ungarn zu Stande gebracht. Ich kann es auch nur billigen, daß der Reichskanzler einen Krieg, den er für unabwendbar hält, nicht vorzeitig provociren will. Wir haben nicht die optimistische Auffassung: es kommt überhaupt kein Krieg. Wir sehen die Lage als eine durchaus ernste an; aber das Verhältniß zu Frankreich datirt nicht von heute, sondern schon seit 1871. Mehr als aus den friedlichen Reden des Reichskanzlers schließe ich auf eine friedliche Lage daraus, daß der Reichskanzler an eine Auflösung des Reichstags denkt. Wenn die Lage eine bedrohliche wäre, würde kein Kanzler und kein Fürst die Verantwortung dafür auf sich nehmen, wegen der Frage, ob nach 3 oder 7 Jahren der Reichstag wieder gerufen werden soll, zur Auflösung auf-zutreten. Der Reichskanzler steht durch seine Angriffe auf den Reichstag das deutliche Volk und den deutschen Reichstag vor den Augen des Auslandes herab. Wir nehmen es hin, ohne dagegen zu murren, als etwas, was dem sonst so großen Mann nachgesehen werden muß, selbst wenn wir wissen, daß es unrichtig ist. Es wird uns das Beispiel anderer Parlamente angeführt. In Oesterreich handelte es sich um die Bewilligung einiger Millionen für die Bewaffung, und die Delegationen haben langwierige Verhandlungen angestellt, den Minister des Aeußern vorgeschoben. Wir haben nicht einmal den Sohn des Herrn Reichskanzlers, der doch den Titel Staatssecretär führt, unter uns zu sehen gemüthet. Wir haben nicht einmal gemüthet, daß von unserer Verabredung viel Aufhebens gemacht wird. Wenn die Bewaffung unserer Armee mit dem Repetiergewehr vollendet ist, so ist das außer der Energie unserer Heeresverwaltung auch dem Reichstag zu danken, der ohne Debatte, ohne ein Wort davon zu reden, seit Jahren die Summen bewilligt hat, während das Ausland mit solchen Bewilligungen prahlte. (Anruhe rechts.) „Dilem Ministerium keinen Sedatien und keinen Opiaten“, ein solcher Anspruch ist in keinem deutschen Parlamente gefallen, auch im preussischen Landtage nicht. In Frankreich beschäftigt man sich schon mehr als 6 Monate mit dem Boulanger'schen Entwurf, der eine höhere Präsenz im Sommer dadurch herbeiführen will, daß ein weitgehendes System der Beurlaubungen, also eine thatsächliche Verlängerung der Dienstzeit eintritt. Die Regierung hat Alles erhalten können. Graf Moltke selbst hat die Stellung der Parteien als erfreulich bezeichnet. Ich sehe darin den Ausdruck der Meinung des ehrlichen Soldaten. Es ist über das Parlamentsheer geshrien und die einjährige Bewilligung als ganz unmöglich bezeichnet worden. Hat denn der Reichskanzler und der Kriegsminister ver-gessen, daß nicht bloß in der Marine, sondern auch im Landheer gewisse Truppengattungen auf ein Jahr be-willigt sind? So ist es jetzt schon mit den Eisenbahn- und Trainsuppen, mit den Unteroffizierskassen, den Kadettenhäusern, mit dem Generalstab (Sört!) Hat Jemand bisher gemerkt, daß wir keinen kaiserlichen Generalstab haben? Hat Jemand den Grafen Moltke als den Chef des Generalstabs der Herren Windthorst-Richter-Grillenberger betrachtet? (Geisterst.) Auch der Kriegsminister ist kein kaiserlicher Kriegsminister, denn auch sein Ministerium beruht auf alljährlicher Bewilligung; er ist also auch Kriegsminister der Herren Windthorst-Richter-Grillenberger. (Geisterst.) Sie sagen, Sie wollen an dem Compromiß des Septennats festhalten. Sie haben es aber 1880 und jetzt nicht innegehalten; Sie wollten vor Ablauf des Septennats eine erhöhte Präsenz einführen, und zwar eine solche Erhöhung, wie sie niemals verlangt worden ist. Bei den früheren Vorlagen handelte es sich immer um die Ziffern der mehrere Jahre zurück-liegenden Zählungen. Selbst die conservative Presse hat daran nicht geglaubt, daß die Streiftruppe, ob 7 oder 3 Jahre, eine solche Bedeutung haben sollte. Richter beruft sich auf die Aeußerungen der „Conf. Corresp.“, der „Neuztg.“ und des „Reichshoten“. Diese Versicherungen, ehe die Vorlage noch bekannt geworden war, waren sehr unvorsichtig. Denn man mußte sich nach dem Bekanntwerden der Vorlage über das entfallen, was man vorher gesagt hatte. Der Reichskanzler sagt, mit einer nur dreijährigen Bewilligung würden wir das Vater-land wehrlos machen, und wehrlos dürfte es keine zehn

Minuten sein; und in derselben Rede legt sich der Kaiser mit sich selber in Widerspruch, indem er sagt, wenn gar nichts bewilligt werde, dann werde eigentlich erst das volle, unbefristete Ermessen des Kaisers lebendig, dann könne er die Grenze der Prälitz auf Grund der Verfassung bestimmen und könnte vielleicht zu höheren Biffen gelangen, als sonst. Beide Theorien können neben einander nicht bestehen, die eine hebt die andere auf; wenn der Kaiser beide doch wenigstens in verschiedenen Reden vorgetragen hätte, aber sie finden sich in derselben! (Heiterkeit links.) Diese Erhöhung der Friedensprälitz ist durchaus nicht identisch mit der Verstärkung des Kriegsheeres; vielmehr bestimmt die Stärke des Kriegsheeres der Kaiser allein, abgesehen nur von der Ausbildung der Erbskronen. Was hier im Augenblick in Frage kommt, das ist allein, wie lange der einzelne Mann dienen soll, wenn er ausgehoben ist. Nicht steht in Frage, ob wir 100000 Mann mehr oder weniger im Kriegsfalle zur Verfügung haben, sondern nur, ob im vierten oder im sechsten Jahre von jetzt an zum theilweisen Ausgleich der mehr bewilligten Mannschaften eine ebenso große Zahl Mannschaften eine etwas kürzere Zeit dienen sollen, und dazu genügt A. B. die Einweisung der Rekruten in einen einzigen Monat, und auch dann würden wir immer noch früher einstellen können, als die französische Armeeverwaltung es thut. Die Regierung will heute von uns nur die Bewilligung haben, daß sie in späteren Jahren nicht einen einzigen Mann mehr als bisher zur Disposition stellen müsse, während wir uns vorbehalten wollen, nach 3 Jahren auf die Frage zurückkommen zu dürfen, ob das nicht doch angängiger ist. Das, meine Herren, ist die große Frage, um derenwillen der Deutsche Reichstag aufgelöst werden soll! (Widerspruch rechts.) Wir werden dafür sorgen müssen, daß diese Fragestellung im Volke richtig erkannt wird. Die zahlreichen gebildeten Mannschaften im Volke wissen, wie viel Leute im dritten Jahre zu Diensten verwendet werden, welche mit der militärischen Ausbildung nichts zu thun haben. (Sehr richtig! links.) Wir wollen nicht einmal jetzt diese Frage entscheiden, sondern nach 3 Jahren darauf zurückkommen. Das ist doch gegenüber der großen Reichsbewilligung ein sehr bescheidener Anspruch. Es handelt sich dabei um Dinge, die früher alle von Seiten der militärischen Autoritäten für zulässig erachtet worden sind. Aber es sind doch nicht bloß militärische Rücksichten maßgebend. Der Reichskanzler hat selbst die Sparmassen herangezogen. Dieselben sind gestiegen, weil durch die Zinsreduction sich die Einlagen der Sparkassen ausgedehnt haben, so daß die Sparkassen an eine Ermäßigung des Zinsfußes denken müssen. Wenn die Regierung, wie der Kaiser sagt, nur die notwendigste Forderung stellt, wozu dann noch eine parlamentarische Prüfung der Vorlage. Der Kriegsminister kann nur vom Standpunkte seines Ressorts ausgehen. Er wird die militärischen Rücksichten in erster Linie stellen. Das Parlament soll erwägen, was das Volk tragen kann. Die Auflösung, welche der Reichskanzler beabsichtigt, ist eine andere als die in konstitutionellen Staaten. Dort tritt die Regierung zurück, wenn der Wille des Volks gegen sie entscheidet. Bei uns soll aber Alles bei dem Alten bleiben. Der Reichskanzler will seinen Willen dann erst recht durchsetzen, selbst wenn der Reichstag in seiner letzten Zusammenkunft wieder gewählt wird. Das ist lediglich die Theorie. Macht geht vor Recht! Die Auflösung fordert nicht die Entscheidung, sondern die Unterwerfung. Diese Politik ist beherrscht durch ein Streben nach Stärkung der Regierungsgewalt gegen das eigene Volk; weniger Mißtrauen gegen das Ausland, viel mehr Mißtrauen gegen das eigene Volk liegt vor. Die Auflösung ist ein Mißtrauensvotum gegen das Volk, das sich selbst ein Mißtrauensvotum geben und befunden, daß es sich selber nicht für verlässig genug hält, nach 3 Jahren Abgerichte zu wählen, die das Vaterland zu schützen wissen! Das sind alte Aufzeichnungen eines absolutistischen Geistes, der sich der konstitutionellen Entwicklung widersetzt! Die pflichttreue Sorge für das Vaterland ist danach nur bei den Regierungen und Fürsten, wie dagegen, die Volksvertretung, sind, wenn nicht böswillige, so im besten Falle zufällige Majoritäten. Als 1866 der Reichskanzler seine deutsche Politik vertrat, da wußte er wohl, was eine konstitutionelle Verfassung und was ein Reichstag bedeutet, wie wenig die Autorität der Regierungen allein genügt ohne die Stärkung, die ihr eine Volksvertretung giebt. Gellern freilich stellte er die Sache dar, als ob es gewissermaßen eine Gutwilligkeit gewesen sei, daß 1866 überhaupt ein Reichstag geschaffen sei. Dieser Reichstag ist entstanden als eine innere Nothwendigkeit, es war ohne ihn keine deutsche Einheit durchzuführen, er ist so gut ein Band und Moment der deutschen Einigung wie das deutsche Heer, und er kann ohne Schädigung der Einheit nicht in seiner Bedeutung herabgesetzt werden. Der Reichskanzler will kein reelles Parlament, er will den Schein konstitutionalismus, nur um der Regierung die Verantwortlichkeit abzunehmen für neue Steuern. Der Reichstag soll eine ohne Reibung arbeitende Geldbewilligungsmaschine werden, und ich glaube, eine absolute Regierung würde das Werk der Kaiser, Steuern und Bölle nicht gefordert haben, die mit diesem Reichstage bewilligt sind. Die Reden des Fürsten Bismarck haben gründlich die Legende zerstört, als ob wegen des Mißtrauens aufgelöst würde, er hat den eigentlichen Zweck der Auflösung deutlich erkennen lassen. Fällt der neue Reichstag nach Wunsch aus, so kommt alles wieder vor, was zur Zeit nur zurückgelegt ist: Branntwein- und Tabaksmonopol, auch die Verfassungsreform bezüglich des geheimen und directen Wahlrechts wird erscheinen, und es würde eine Verfassungsrevision erfolgen, die für alle Zeiten sorgt und sicher stellt, daß der Reichstag nie wieder eine Bedeutung erhält, sondern nur ein Consortium bleibt, um der Regierung das Diktum neuer Steuererhöhungen abzunehmen. Man hat auch die Person des Kaisers in die Streitfragen gezogen. Nun, unabweisbar hat der Kaiser die Führung des Heeres und es wäre ein Unglück, wenn es anders wäre; aber er soll nicht der Führer der Parteien sein, der Führer des Reichstages, der Führer der Wählervereinigungen, das entspricht unserer Verfassung nicht. Wer die Standarte des Kaisers in die Wahlkämpfe hineinträgt, wer den Schein erweckt, als gäbe es kaiserliche und antikaiserliche Parteien im Reich, der trägt nicht bei zur Wahrung des Ansehens des Kaiserthums im deutschen Volke. Der Wahlkampf wird ein beständiger werden, heißer vielleicht als je einer zuvor, aber wird nicht der letzte sein und nicht der Entscheidungskampf. Da wir in großer und kleiner Zahl wiederkehren werden, wir haben die Kraft der inneren Ueberzeugung und ruhiger Zuversicht, daß die Interessen des Volkes und des Landes auch in baldiger Zeit zu vertreten werden, daß auch den von uns vertretenen Grundfragen eine Einmütigkeit auf die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland eingeräumt wird. Die künftliche Art, wie der Reichskanzler die Auflösung herbeiführt, und seine Häßlichkeit ist uns gerade ein Beweis, daß auch er selber den Boden seines politischen Systems nicht mehr so sicher hält, als nur für die nächste Zukunft. Aber alle solche Mittel werden zuletzt doch nicht ausreichen, wir bleiben der Zuversicht, daß eine nicht ferne Zukunft uns gehört und daß für unsere Sache der Tag des Sieges erdient. (Rebater wiederholter Beifall links und im Centrum. Zwischen rechts.)

Abg. Buhl (nat-lib.) erklärt sich gegen die dreijährige Bewilligung, tritt für die volle Bewilligung der Vorlage ein und warnt davor, die Militärfürsorge in den Wahlkampf zu mischen.

Fürst Bismarck. Der erst nach der Rede Richters in den Saal getreten) bestritt, daß seine diplomatische Intervention in Bulgarien, der Zufall in den Arm gefallen. Er verliest einige Depeschen, aus welchen hervorgeht, daß der Auftrag des deutschen Geschäftsträgers dahin ging, nach Möglichkeit zu verhindern, daß Hinrichtungen stattfinden, weil diese eine freiliche Klärung der Sache erschweren würden. Der Geschäftsträger Deutschlands antwortete, daß seine Vorstellungen freundliches Entgegenkommen gefunden hätten. Es ist bestritten worden, daß die freilichste Briefe zum Krieg mit Rußland aufgefördert habe. Der Reichskanzler verliest zum Beweise, daß es gelingen, einige Artikel aus dem „Berl. Tagebl.“, der „Volksztg.“, der „Freiwilligen Ztg.“ u. i. m. Die Declarationen dieser Zeitungsartikel erinnern wieder an das Wort aus Hamlet: Was ist ihm precuba? Aber es

findet das doch die Blätter der Herren, welche hier die Majorität vertreten, und welche nach drei Jahren vielleicht wieder die Majorität vertreten werden. Ich war an eine Interpellation gefaßt, aber der Rath war schon gesunken. Keiner tritt für Bulgarien ein, außer dem Abg. Richter. Auf ein so schwaches Noth wie die Stimmung dieser Majorität können wir die Arme nicht aufbauen. Die Preisfrage soll nur in den Zwischenräumen discutirt werden, mit denen der Bundesrath und der Kaiser eintreffen. Der Reichskanzler verliest dann einige für Bulgarien und gegen Rußland eintretende Artikel der „Post“ und der „Germania“. Die letztere hatte geschrieben, daß Deutschland mit Oesterreich zusammen den Russen die Straße nach Konstantinopel verlegen sollte. Das würde einen Krieg mit Rußland bedeuten, der sehr bedenklich ist bei unseren langen Grenzen nach Rußland hin. Einen solchen Krieg werden wir wegen Bulgarien nicht anfangen mit Rußland, mit einem Nachbarn, mit dem wir keine Streitfragen haben. Was wir erwerben könnten, könnten nur polnische Provinzen sein und deren haben wir zur Genüge. Dem polnischen Streben wäre vielleicht mit einem Kriege gegen Rußland gebiet, aber doch wohl nur, wenn Rußland besiegt würde. Denn wenn Rußland siegen würde, würde es den Polen noch viel schlechter gehen als jetzt. Würde die „Germania“ ebenso eifrig sein, zum Unfrieden zwischen Deutschland und Rußland zu reizen, wenn in Rußland ein katholisches Herrscherhaus bestände? Ich frage: Sind dies Kriegsheere oder nicht? Darf man daraus schließen, daß die Staatsmänner, die hinter diesen Blättern stehen, den Wunsch gehegt haben, uns mit Rußland in einen Krieg zu führen? Dann wäre es ein sehr eigenthümliches Zusammenreffen, daß dieselben Parteien, hier die Mittel, den Krieg zu führen, uns hartnäckig verlegen oder doch nur auf kurze Zeit bewilligen wollen. Sieben Jahre der inneren Ruhe, des inneren Friedens, — das kann keine eifrige Parteipolitik ertragen; solche Gemüthsbelegungen und Kämpfe, bei denen der Reichskanzler der deutschen Verfassung erklährt wird, brauchen Sie öfter zu hören — ob Gellensbewegung, ich weiß es nicht. Aber wir wünschen Ruhe und Frieden im Innern wie nach Außen und wünschen nicht, daß alle drei Jahre, sondern höchstens alle sieben Jahre die Frage, ob die deutsche Arme, das heißt das Deutsche Reich und die Verfassung, — denn ohne Arme sind beide, wie Herr Windthorst anerkennt, nicht denkbar —, fortbestehen sollen, und mit welchem Grade von Sicherheit. Wer conflictstücker ist als wir, dem werden wir nicht zustimmen und werden ihn in seiner Kampfgeister allein lassen und ihm sagen: wenn Sie Dämonen brauchen, so suchen Sie sich dieselben wo anders auf. Die Verfassung des Königreichs Hannover mit französischer Hilfe läßt sich doch nicht vergleichen mit dem Bündniß mit Italien. Denn bei der ersten hätte ein Stück deutschen Gebietes geopfert werden müssen. Wenn Windthorst mir nicht nachweisen kann, daß in dem italienischen Bündniß eine ähnliche Clausele zum Nachtheil Deutschlands gefaßt hat, so wird er zugeben müssen, daß er die weiteren Aeußerungen will ich nicht eingeben (Beifall rechts.)

(Schluß in der Beilage.)

Deutschland.

Berlin, 13. Januar. Der Kaiser conferirte heute mit dem Kriegsminister und dem Chef des Militärkabinetts und empfing später nebst der Kaiserin den japanischen Prinzen, welcher beifolgt Ueberreichung des Chrysanthemum-Ordens an den Prinzen Wilhelm nach Berlin gekommen ist. Nachmittags unternahm der Monarch eine Ausfahrt.

[Kronprinz und Kanzler.] Die gestern erwähnten Gerüchte, daß der Kronprinz den Kanzler im Reichstage aufgesucht habe, bestätigen sich nicht. Es handelt sich auch hier wohl nur um einen Versuch, die Person des Thronfolgers in die Auflösung des Reichstages hineinzuschieben.

[Für den Prinzen Alexander v. Battenberg.] Der bekanntlich nach Aegypten zu reisen gedenkt, werden bereits in Cairo große Empfangsvorbereitungen getroffen. Ein königlicher Sonderzug wird ihn nach Cairo bringen, wo ihn der Kaiser Kuzbaf-Palast zur Verfügung gestellt ist. Auch soll in den prächtigen vielstöckigen Pachten eine Fahrt den Nil hinauf unternommen werden.

[Staatssecretär Jacobini.] Seit der Erkrankung des Cardinal-Staatssecretärs Jacobini werden fortwährend übertriebene Nachrichten über seinen Zustand verbreitet. So hieß es in den letzten Tagen, das Befinden des Cardinals sei ein höchst besorgniserregendes. Diese Behauptung ist der „Pol. Correspond.“ zufolge unrichtig; es ist im Gegentheil in seinem Zustand eine gewisse Besserung zu verzeichnen. Cardinal Jacobini ist durch seinen Zustand verhindert, den Pflichten seines Amtes obzuliegen; von der Uebernahme des päpstlichen Staatssecretariats durch eine andere Persönlichkeit ist jedoch keine Rede.

[„Centralfreier“ Turner.] Gegen den Vorsitzenden der deutschen Turnerschaft, Herrn Theodor Georgii in Eßlingen, der bekanntlich in der „Deutschen Turnzeitung“ Propaganda für die Militärvorlage der Regierung zu machen versuchte, wendet sich in der „Frankfurter Zeitung“ auch der Vorstand eines bayerischen Turnvereins. Es heißt darin unter anderem: „Die deutsche Turnerschaft hat nichts mit Politik zu thun, und ich spreche gewiß im Namen vieler tausender von Turnern, wenn ich gegen dieses Treiben des Herrn Georgii Verwahrung einlege. Es wird übrigens alsbald die Frage zur Erwägung gelangen, ob es Herrn Georgii in Zukunft gestattet sein soll, in den Spalten der „Deutschen Turnzeitung“ sein politisches Unwesen zu treiben.“

[Ueber die beabsichtigte Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über München und Nürnberg.] erfahren die Münchener „Neuesten Nachrichten“ „aus sehr zuverlässiger Quelle“, daß allerdings von Berlin aus, sogar während des Besuchs des Prinzregenten in Berlin, Anfragen und Anträge in dieser Richtung an die bayerische Regierung gerichtet worden sind, welche in richtiger Erkenntnis der Sachlage dort aber keine Gegenliebe fanden.

[Die Existenz eines deutsch-russischen Allianzvertrages.] an die trotz Blomberg's wiederholter Behauptungen niemand geglaubt hat, wird jetzt aus dem Pariser „Journal des Debats“ in Abrede gestellt. Graf Schadow hat dies ausdrücklich Herrn Herbetz mitgetheilt mit dem Hinweis, daß die deutsch-russische Annäherung keine Spitze gegen Frankreich enthalte.

Nach, 13. Jan. Amtliches Ergebnis der Landtags-Ergebnisse im dritten Wahlbezirk des Regierungsbezirks Aachen. Abgegeben wurden im Ganzen 349 Stimmen. Davon erhielt Gutsbecker Andreas v. Grand-Ru in Eupen (clerical) 346 Stimmen.

Strasburg i. E., 13. Jan. Die „Landeszeitung“ für Elsaß-Lothringen veröffentlicht einen Auszug aus einer Verfügung der Landesregierung, wonach französische Militärpersonen, gleichviel, ob sie der activen Arme, der Reserve oder der Territorialarmee angehören, nur auf Grund der Erlaubnis des Kreis- oder Polizeidirectors im Reichslande Aufenthalt nehmen dürfen. Die Erlaubnis ist nur wegen Familien- oder Vermögensangelegenheiten zu erteilen.

Frankreich.

Paris, 13. Januar. Der Senat hat mit 168 von 194 abgegebenen Stimmen Leroyer als Präsident wiedergewählt.

Sitzung abzuhalten und setzte auf nächsten Montag die Beratung des Budgets fest. Die Kammer beschloß ferner mit 306 gegen 112 Stimmen, den Getreide-Gesetzentwurf unmittelbar nach der Budgetberatung auf die Tagesordnung zu setzen. Für den Antrag des Deputirten Boyer auf Abbrüstung wurde die von Boyer gleichzeitig beantragte Dringlichkeit abgelehnt.

Serbien.

Belgrad, 13. Jan. Anlässlich des Neujahrsfestes nahmen der König und die Königin die Glückwünsche des diplomatischen Corps, der Minister und der Generale entgegen.

Rußland.

Petersburg, 12. Jan. Das Reichsbudget für 1887 weist an ordentlichen Einnahmen 793 118 046 Rubel, an ordentlichen Ausgaben 829 676 680 Rubel, somit ein Deficit von 36 558 634 Rubeln auf. Außerdem sind außerordentliche Ausgaben für Eisenbahnbauten und Hafenbauten im Betrage von 48 414 194 Rubel vorgesehen, welche nebst dem Deficit aus den außerordentlichen Hilfsquellen zu bestreiten sind. Das Exposé des Finanzministers zu dem Budget erläutert das Deficit. Dasselbe sei eine Folge der andauernden wirtschaftlichen Krise und der dabei unvermeidlichen Verminderung der privaten und staatlichen Einnahmen. Die Herbeiführung des Budget-Gleichgewichts durch Erhöhung der bisherigen oder Einführung neuer Steuern wäre jetzt nicht zeitgemäß. Hilfsquellen zur Deckung des Deficits seien übrigens vorhanden. Die außerordentlichen Ausgaben anlangend, welche ausschließlich für productive Kapitalanlagen bestimmt seien, so würden davon nur 42% Millionen Rubel im Wege des Credits aufzubringen sein.

Von der Marine.

* Der Kreuzer „Nautilus“ (Commandant Capitän-Lieutenant v. Hoven) ist am 2. Januar c. in Shanghai eingetroffen.

Am 14. Januar: Danzig, 14. Januar. Wund-Ausz. 14.4

Wetter-Aussichten für Sonnabend, 15. Januar, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte.

Ziemlich trübe, vielfach neblig mit schwacher bis mäßiger Luftbewegung und wenig veränderter Temperatur. Keine oder geringe Niederschläge.

[Auszug aus dem Sitzungs-Protokoll des Vorherkommendes der Kaufmannschaft vom 5. Jan. 1887.] Gemäß § 17 des Corporationsstatutes constituirte das Vorherkommendes für das neue Jahr wie folgt: Es werden gewählt zum Vorsitzenden Herr Damme, zum ersten Stellvertreter des Vorsitzenden Herr Otto Steffens, zum zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden Herr Rossmat, zu Vorberathenden die Herren Böhm, Mir, Otto Steffens, Siedler, Kögel und Samuel Cohn; zu Hafencommissarien die Herren Emil Berenz und Theodor Rodenader; zu Nachhofs-Commissarien die Herren Berenz, Cohn und Jä; zu Viehhofs-Commissarien die Herren Damme und Wils. Behrendt; zum Commissarius für die Speicherbahn Herr Petichow und als dessen Stellvertreter Herr Alfred Ruscat; zum Commissarius für das Haus Langenmarkt 45 und den Anstuhof Herr Berenz; als Curatorium der Handels-Akademie die Herren Damme, Otto Steffens und Mir. — Zu Vorberathenden der Faccommissionen werden gemäß § 3 des Statuts für die Faccommissionen bestellt: a. für den Getreide, Saat, Mehl, Del- und Spiritushandel Herr Mir, b. für den Holzhandel Herr W. Behrendt, c. für den Waarenhandel Herr Samuel Cohn, d. für das Expeditions-Geschäft Herr Emil Berenz, e. für Aeberei und Schiffsahrt Herr D. Siedler, f. für den Zuderhandel Herr D. Kögel. — Als Sachverständige zur Entscheidung über Qualitäts-Differenzen im Getreidehandel ercl. Del- und Spiritus werden für das neue Jahr, und zwar vom 10. d. Mts. bis einschließlich den 7. Januar 1888, bestimmt und in der nachstehenden Reihenfolge ausgelost: die Herren: Albert Rossmat, Josef Jajans, Paul Chales, George Mir, Otto Kögel, Joh. Döllner, Rob. Otto, G. M. Böhm, Herm. Stobbe, Albert Enk, Heinrich Bartels, Francis Stoddart. — Als Sachverständige zur Entscheidung über Qualitäts-Differenzen im Handel mit Delacten werden für das neue Jahr, vom 10. Januar 1887 bis 7. Januar 1888, bestimmt und in der nachstehenden Reihenfolge ausgelost: die Herren: R. Otto, W. Hoffmann, A. Petichow, A. Enk, G. v. Morstein, Fritz Gweldel, Herm. Stobbe, Mir Steffens, George Mir, Eugen Bähig, A. R. Woelke, Carl Heinrich Döring. — Als Sachverständige zur Entscheidung über die Vertragsmäßigkeit des Spiritus werden für das neue Jahr, und zwar vom 10. d. M. bis einschließlich den 7. Januar 1888, ernannt für a. die Qualität, b. den Alkoholgehalt die Herren: Carl Eckert, Eduard Haasela, Rudolf Patzsch, Friedr. Wils. Sudermann, George Wobst, Rudolf Wintelhausen, e. für die Fässer die Böttchmeister Herren: Eduard Groß, Carl Horn, Robert Jost. — Herr Carl Wils. Bestmann, in Firma C. W. Bestmann hier, wird auf seinen Antrag in die Corporation aufgenommen. — Der Herr Viceconsul für Portugal hier hat eine Verfügung seiner Regierung mitgetheilt, betreffend die Zolldeklarationen bei der Einfuhr von Bräutern. — Der Herr Polizeipräsident hat Abschrift eines Ministerial-Erlasses mitgetheilt, betreffend den Petroleumsteuere des Polizei-Amtes zu Lübeck. — Herr W. Wirtschke hat dem Vorherkommenden mitgetheilt, daß er auf seinem Lagerhof in Neufahrwasser ein Lagerhaus mit 4 eisernen Bassins von 2 Mill. Liter Inhalt zur Lagerung von Spiritus erbaut und den Betrieb bereits eröffnet habe. Er übernehme ein- resp. Ablieferung, Gewichtsgarantie und Assuranz zu einem festen Preissatz pro 1000 Liter procente und Monat. — Die Direction der Marienburg-Wlawka Eisenbahn hat Abschrift einer Bekanntmachung der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft mitgetheilt, betreffend den Ausnahmetarif für Spiritusendungen von Libau, Reval, Königsberg und Danzig via Lübeck nach Hamburg und Wandsbeck.

* [Verdacht der Unruhe.] Bei der hiesigen Steuerbehörde ist der Verdacht entstanden, daß die zur Ausübung der steuerfiskalischen Controle in der Zuderfabrik Braust rationirten beiden Steuerbeamten sich Nichtwidrigkeiten zum Nachtheile des Fiskus haben zu Schulden kommen lassen. In Folge dessen begab sich gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft der hiesige Criminalpolizei-Inspector Hr. Richard mit mehreren seiner Beamten nach Braust, woselbst unter Mitwirkung zweier höheren Steuerbeamten eingehende Recherchen und Haus-suchungen in den Wohnungen der beiden Steuerbeamten A. und S. und eines Maschinenführers der Fabrik abgehalten wurden. Bei den Steuerbeamten wurde eine größere Quantität Streuguder mit Beschlag belegt, ferner wurden einzelne Bücher der Fabrik zur Durchsicht für die Behörden eingefordert. Die Steuerbeamten A. und S., sowie der Maschinenführer sind ferner verhaftet und sofort dem Gerichtsfängnis in Danzig zugeführt worden. Was von den an diesen Vorfälle geknüpften, zum Theil sensationellen Gerüchten und Vermuthungen, die heute hier colportirt wurden, sich

bewahrheiten wird, bleibt abzuwarten; doch scheint Vieles davon auf erheblicher U-betreibung zu beruhen.

* [Von der Weichsel.] Aus Schults sowohl wie aus Thorn wird heute telegraphisch, „schwacher Eisgang“ gemeldet. Wasserstand bei Schults 1,39 Meter, bei Thorn 0,72 Meter.

* [Herberge zur Heimat.] Wir werden um Veröffentlichung des folgenden Appells ersucht: „Anlässlich der strengen Jahreszeit richten wir die Aufmerksamkeit unserer besterhaltenen Mitbürger auf ein Institut, das seit Jahren in unserer Stadt in wohlthätiger Weise wirkt, nämlich die Herberge zur Heimat, Gr. Mühlenstraße Nr. 7. Jeder ordentliche Wanderer, welcher Staudes und Glaubens er auch sei, findet hier freundliche Aufnahme, reichliche und billige Verpflegung, Vermittelung von Arbeit. Auch so manche besseren Elemente, die durch Noth und Verdienstlosigkeit in ihren Verhältnissen zurückgefallen sind, finden in den heimlichen Räumen der Herberge zur Heimat Zuflucht. Diesen und allen anderen würdigen Personen durch Beschaffung von Kleidung und Wäsche aufzuheben, steht die Herberge häufig genug in der Lage, aber leider vertragen hier die Mittel. Wir richten deshalb an unsere Mitbürger, deren Wohlthätigkeits Sinn sich in so manchen Fällen glänzend bewährt hat, den warmen Appell, durch Ueberweisung von unbedeutenden und entbehrlichen Sachen dem Hausvater die Möglichkeit zu geben, nach Bedürftigkeit und Würdigkeit zu helfen. So manche wirkliche Noth kann auf diese Weise gelindert und so manchem halb Verzagten und Verzweifenden, den seine einstige bessere Lage am Betteln hindert, in wirksamer Weise zu besserem Fortkommen geholfen werden.“

* [Schwere Verwundung.] Der Wachtmann Regiments und heute Nacht bald nach 12 Uhr an der Ecke der Breit- und Goldschmiedegasse einen kais. Marine-Matrosen anscheinend bewußtlos und am Kopfe stark blutend auf dem Pflaster liegen. In seiner Nähe traf man einen Mann, welcher mit dem Verletzten Händel gehabt zu haben schien und auch zugeb, den Verletzten zur Erde gestossen zu haben. Letzterer wurde festgenommen und der Polizei überliefert, wonach er sich als ein Schloffer Namens Carl Bähig legimirte. Der Verwundete wurde durch herbeigerufene Wundärzte nach dem Garnisonlazareth befördert und dort als der Obermatrose Ritter von der 1. Matrosen-Compagnie erkannt, welcher sich zum Besuch von Verwandten hier aufhält. Seine Verwundungen sollen recht schwerer Art sein, namentlich soll R. durch Messerschneide am Halse und Gesicht förmlich zerfetzt sein. Heute dauerte es ziemlich lange, bis auf die Nothsignale des Wachtmanns R. genügende Hilfe bingekam, um den Verwundeten nach dem Lazareth zu schaffen, wodurch ein bedeutender Blutverlust entstand sein soll.

* [In dem Kampfe der Polizei gegen die Milchbutter] haben in Berlin die Schöffengerichte sich bisher nicht auf die Seite der Polizei gestellt. Die Milchbutter ist ein von großen Fabriken, namentlich von der Firma Wobbe in Dötsen in enormen Quantitäten hergestelltes Product, welches zumeist aus Margarin-Butter besteht und nur einen gewissen Procentgehalt an Butter enthält. Dieses Product wird als „Milchbutter“ von den Großhändlern bezogen und als solche auch von den Detailhändlern in den Handel gebracht, das Berliner Polizei-Präsidium hält aber dagegen den § 10 des Nahrungsmittelegesetzes für anwendbar, weil es mit dem chemischen Sachverständigen Dr. Bischoff der Ansicht ist, daß durch diese Bezeichnung bei dem großen Publikum leicht der Irrthum erregt werden kann, als ob es sich um ein Gemisch verschiedener Sorten natürlicher Butter handle. Die Schöffengerichte hatten sich bei Begründung ihrer freisprechenden Erkenntnisse mehrfach auf den Standpunkt gestellt, daß so lange grobrartige Fabriken existiren, welche ihr Product unter der Bezeichnung „Milchbutter“ in alle Welt vertheilen dürfen, sich die Händler nicht strafbar machen können, wenn sie die Waare unter derselben Bezeichnung feil halten. Die Verurtheilung der vorliegenden Berliner Fall ganz der Meinung des Dr. Bischoff sei, daß die Bezeichnung „Milchbutter“ wohl geeignet sei, das Publikum zu täuschen und daß sich die betreffenden Händler bei der Anwendung dieser Bezeichnung einer Fahrlässigkeit im Sinne des § 11 des Nahrungsmittelegesetzes schuldig machen. Es erfolgte deshalb die Verurtheilung des betreffenden Händlers zu 10 A. event. 2 Tagen Gefängnis.

[Der Dringlichkeits-Berein] hielt gestern Abend im Gewerbestaube seine Monatsversammlung. Nach Feststellung des diesjährigen Etats wurde ein Vortrag über die Hühnerzucht gehalten; derselbe gipfelte in dem Beschlusse, daß das italienische Huhn das beste und einträglichsche, die Hühnerzucht in der Stadt nur als ein Sport zu betrachten sei, dieselbe dagegen auf dem Lande von großem Nutzen sein könne, was Italien beweise, das jährlich 20 Millionen Lire für Eier von dem Auslande einnehme. Eine Flugblatt-Ausstellung für das nächste Frühjahr wurde beschlossen und ein Comité, bestehend aus den Herren Eichenbach, Wolschowitz und Wolff, gewählt, welches sich durch fünf andere Herren verstärken und dann über die Zeit, den Ort und die Art der Ausstellung beraten und dem Verein in der nächsten Sitzung Mittheilung machen soll.

[Gewerbe-Berein] Gestern Abend hielt Herr Director Dr. Scherker einen Vortrag: „Ans der Geschichte Japans.“ Redner kam zunächst auf die mythologische Vergangenheit Japans zu sprechen, führte dann die einzelnen Herrscherfamilien vor und erwähnte der schon im 11. Jahrhundert stattgefundenen Bürgerkriege. Die Portugiesen und Holländer hatten bereits im 16. Jahrhundert Handelsverbindungen mit Japan; 1581 kam auch eine japanische Gesandtschaft nach Europa und besuchte den damaligen König von Spanien, Philipp II. und den Papst Gregor XIII. Durch diese Verbindungen hatten sich auch die Christen dorthin verbreitet und namentlich die Jesuiten und Franziskaner ihre Lehren dort eingeführt, so daß bereits 1590 etwa über eine Million Christen in Japan anlässlich waren. Die freie Lehre des Christenthums schien den japanischen Herrschern für ihre Erziehung jedoch bedenklich zu sein und sie verfolgten dieselbe immer mehr, so daß 1640 bereits das Land allen Fremden hermetisch verschlossen wurde. Dieser Verschluß ist erst wieder seit 1853 aufgehoben und seitdem hat Japan wahre Riesenschritte in der Cultur gemacht. — Der Vorsitzende theilte schließlich mit, daß das Stiftungsfest des Vereins in diesem Jahre am 29. Januar begangen werden solle.

[Sängerbund.] In der gestrigen General-Versammlung des Männergesangsvereins „Sängerbund“ wurde zunächst der Jahres- und Kasienbericht durch den Schriftführer resp. Kassirer erstattet. In der darauffolgenden Vorstandswahl wurden die Herren v. Minckom zum Vorsitzenden, Reinemund zum Schriftführer, Solomski zum Kassirer und Labuhn zum Ordner gewählt. Außerdem wurden noch vier Stellvertreter jener Vorstandsmittelglieder gewählt. Die nächste musikalische Soirée findet am Donnerstag, den 3. Februar c., statt.

[Schwurgericht.] Heute wurde zunächst eine Anklage wegen Straßenraubes gegen den 34-jährigen Arbeiter Friedrich Nürnberg, den 27-jährigen Arbeiter Gustav Rossmisch und den 28-jährigen Tischler Senger aus Schöned verhandelt. Am 30. October 1886 trafen obige Arbeiter mit den Arbeitern Subanski und Belski in der Restauration bei Engler in Schöned zusammen. Letztere traktirten die ersten mit Schnaps. Da Belski sich hier ein Portemonnaie kaufte und sein Geld aus dem alten in das neue Portemonnaie schüttelte, so bemerkten die Angeklagten, daß L. und B. etwas Geld bei sich führten. Sie überfielen dieselben später auf dem Heimwege; Subanski wurde von Nürnberg und Senger in den Schaft gegraben und ihm hier ein Portemonnaie mit 25 A. Inhalt, ein Taschentuch und eine Tabakspfeife aus dem Jackett genommen. Den Belski, welcher fortgeführt, verfolgte Rossmisch und soll denselben ein Portemonnaie mit 18 bis 20 A. fortgenommen haben. Die Geschworenen sprachen sämtliche Angeklagten schuldig, und der Gerichtshof verurtheilte Nürnberg zu 5, Senger zu 5 und Rossmisch zu 5 1/2 Jahren Zuchthaus.

[Feuer.] Gestern Abend ca. 8 Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Langgasse 74 gerufen, wo in der dritten Etage eine Schaube in Brand gerathen war. Die Feuerwehr mußte die brennenden Holztheile

Durch die glückliche Geburt eines
starken Jungen wurden hoch
erfreut

Danzig, den 14. Januar 1887.

Heinrich Kubach und Frau.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Max Bergmann
und Frau, geb. Neumann.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen zeigen hier-
mit ergebenst an

Danzig, 13. Januar 1887.

Kirchliche Anzeige.
Sonntag, den 16. Januar, 5 Uhr Nachmittag.
Jahresfeier des evangel. Jünglingsvereins in der Königl.
Garnisonkirche zu St. Elisabeth. Predigt: Herr Pfarrer Fuhs;
Bericht: Herr Divisionspfarrer Collin. Lieber aus dem Danziger
Gefangenen. Nachfeier 7 Uhr im christlichen Vereinshaus St.
Mühlengasse Nr. 7.
Der Vorstand.
Collin.

Auf ruf.

Auch in diesem Winter haben sich die Erwerbsverhältnisse in hiesiger
Stadt seit längerer Zeit recht ungünstig gestaltet und erscheint es geboren
unserer arbeitstüchtigen Bevölkerung durch

Gröfßung der Suppenküche

die Noth lindern zu helfen.
Wir richten des halb an unsere Mitbürger die bergehliche Bitte, uns für
diesen Zweck recht bald reichliche Mittel zufließen zu lassen. Die Unter-
zeichneten wie auch die Expedition der „Danziger Zeitung“ und des
„Anteilgenz-Blattes“ sind zur Entgegennahme von Beiträgen gerne bereit.

Danzig, den 10. Januar 1887.

Bartels, Berenz, Berger, Danne, Commerzienrath, Gihone,
Commerzienrath, Hagemann Bürgermeister, Heinfuss, Postei-Präsident
Kosmas, Stadtrath, O. Krüger, O. Münsterberg, Nögel, Reichow,
A. Schirmer, v. Winter, Oberbürgermeister, Wendi, Stadtrath.

Friedrich Wilhelm-Schützenhaus

Sonnabend, den 15. Januar 1887:

Maskenball.

Maskenbilletts a 1,50 M., für Zulieferer 2 M. sind bei Herrn S. à Porta,
Langenmarkt, ganze Vogen im Etablissement zu haben. Abendkasse: Masken-
billetts 2 M. für Zulieferer 3 M. (684)

Wilhelm-Theater.

Vorläufige Anzeige.

Sonnabend, den 22. Januar 1887:

Zweiter großer öffentlicher

Maskenball.

Die Erbtheile der Vergangenheit.

Während die Idee, eines internationalen Schiedsgerichts nicht zur
Geltung gelangen konnte, ist die Kunst des Kriegsführens zu einer solchen
Höhe fortgeschritten, daß in Zeit von wenig Stunden eine Anzahl von
Hunderttausend Menschen (Freund und Feind) erschossen und vernichtet
werden können, ohne daß die Möglichkeit vorhanden wäre, solche Gräuelt-
thaten durch das Vorhandensein eines internationalen Schiedsgerichts ab-
zuwenden.

Ein gleiches Verhängniß schwebt über die Frage der Beschaffung eines
redenbilden Menschenwillens, so wie auch ganz besonders über die Frage in Betreff
der Abschaffung des Metallgeldes. In letzterer Beziehung will ich hiermit
meine Gründe wiederholen.

Wir sagen: es ist eine Wahrheit, daß die Regierungen competent sind,
das Staatsvermögen dem Staatsgeld einzubringen resp. es dem Geld-
besitzern zu verpfänden und daß im Fall einer Staatsauflösung, (welche
aber nicht in Frage kommt,) diese Geldbesitzer die nächsten Vortheile sind,
die zur Empfanahme des Geldwerthes berechtigt sind. Wir sagen ferner,
daß der Werth dieses zahlfähigen Geldes zu jeder Zeit realisierbar, austausch-
bar und flüssig zu machen ist, und daß der Staat competent ist mit diesem
so edelten Gelde die Kosten des Staatshaushalts zu befreien, resp.
Schulden zu bezahlen, sowie auch, daß diese Geldverwendung andererseits dazu
dient, das Staatsvermögen zu heben. Und ferner sagen wir, daß der Werth
desjenigen Edelmetalls, aus welchem jetzt das Geld anfertigt ist den Werth
eines Turnartikels bildet, der sich nach dem Geleze des Angebots und Be-
darfs regulirt; und daß bei einer Geldreformation derjenige Werth, welcher
in den ausgeprägten Münzen steht in o. w. dem Staate verloren gegangen
ist. Und endlich sagen wir, daß bei einer solchen Geldreformation, weder
von einer Unsicherheit der Staatspapiere, noch von einer Erhebung von
Steuern und Abgaben nicht die Rede sein könne.

Exemplare meiner Schrift „Geldreform ist Steuerfreiheit“ nebst Bei-
lagen, stehen unentgeltlich und franco zu Diensten.

Bremen, 1886.

Albertus Meyer.

Geschäfts-Gröfßung.

Am heutigen Tage habe ich hier selbst Breitgasse Nr. 79 unweit
des Rathhauses unter der Firma

Richard Migge

eine feine

Pächterbutter-Handlung

eröffnet.

Ich führe die allerfeinsten wie feine Holsteiner und Mecklen-
burger Sahnebutter sowie Tüppelbutter, Weizenbutter und Kom-
merzielle Koch- und Backbutter und bitte ich um Ihr geneigtes Wohl-
wollen.

Hochachtungsvoll

Richard Migge.

Heute angekommen.

Für Austern-Liebhaber und Kenner:

frische bartlose franz. Parc-Austern

wirklich delicates und gesundes Essen,

à Dutzend 1 Mark 20 Pfennige,

in meinen sämtlichen Weinstuben, sowie ausser dem Hause.

Langgasse 24, **Oswald Nier,** Langgasse 24,

Aux Caves de France. (742)

Das Masken-Geschäft

von

B. Schultze Wwe.,

Danzig, Heil. Geistgasse Nr. 69, am Thor,
empfehlen zur Zeit die reichste Auswahl hochleganter
Herrren- und Damen-Costüme zu soliden Preisen. An-
fertigung neuer Costüme nach Wunsch. Zu auswärtsigen
Bestellungen wird die ganze Lieferung. Die mir zugehenden Be-
stellungen auf neue Costüme zu den bevorstehenden Privatbällen bitte mir
gütigst recht früh zukommen zu lassen, damit die Ausführung geschmackvoll
und prompt durchgeführt werden kann. (729)

Bekanntmachung.

Wegen zu großen Andrangs mußte ich die Ulrich'sche
Möbiliar-Auction heute schließen und werde dieselbe Sonnabend,
den 15. Januar cr. im Lokale zum Fremdschaftlichen Garten
Neugarten Nr. 1 abhalten.

Das Pianino allein kommt präcise 10 Uhr
in der Ulrich'schen Wohnung,
Neugarten No. 22 D zur Versteigerung.
Gleich darauf wird die Auction mit den übrigen Sachen
Neugarten No. 1 fortgesetzt.
Joh. Jac. Wagner Sohn,
vereidigter Gerichts-Tagator u. Auctionator.
Bureau: Danzig, Breitgasse Nr. 4.

Unzerbrechliche Zahngebisse.

Die fast erreichte Unzerbrechlichkeit der Basse meiner Gebisse er-
möglicht die feinste und zierlichste Ausarbeitung derselben.

Reparaturen und Umarbeitung
aller Gebisse in einigen Stunden. Sprechst. 9-6 Uhr.
Dr. Lemann (in der Schweiz und Amerika dipl.)
Langgasse 83 am Vangassers Thor.

Die

Delicatessen-Handlung

Bentlergasse 14

hält stets vorräthig

Hasen (auch gepickt),

Neh-, Damm-, Roth-

u. Schwarzwild

in großer Anzahl.

Nenuthier-Rücken

u. Reulen,

ca 80 Hasenrahne,

Virt- u. Haselwild,

Boularden,

edle Hamburg Küken,

möchentl. 3mal frische Sendung.

juunge fette Puten,

Capaunen, Enten,

frische Hummer,

engl. n. holländ. Austern,

lebende Forellen,

Steinbutten, Seezungen,

Blumenkohl.

Salate.

zweimal wöchentlich frische Sendung
(Kopfsalat, engl. Sellerie, Endivien,
Escarolles, Kresse, neue Radishes,
Cap. Barfisch, Artischocken).

hochfeine Tafelbutter,

frische Eier.

C. Bodenburg,

Küchenmeister.

720)

Frühe recht feine Tischbutter

a Pfund 1,20 M., Kochbutter 90 %

und 1 empfiehlt

Gustav Henning.

Altstadt, Graben Nr. 108.

Rheumatismus.

Lange Zeit lag ich schwer an dieser
Krankheit, so daß der Arzt erklärte,
ich würde nicht wieder richtig gehen
lernen. Durch eine Einrichtung gelang
es mir nun, dies Leiden schnell und
gütlich zu beseitigen, und habe ich
durch dieses Mittel schon vielen solchen
Leidenen geholfen, bin gern bereit,
es jedem Rheumatismuskranken zu-
kommen zu lassen. Viele Dankschreiben
liegen zur Einsicht S. Norderwald,
Magdeburg, Samenhandlung, Fürsten-
straße 19.

Masken-Garderobe.

Dominoes, Katten

Gesichtsmasken jeder Art

empfehlen in größter Auswahl

Louis Willdorf,

744) Ziegenstraße 5

Zu Maskenbällen

empfehle Dominoes und Maskenbälle,
sowie Gesichtsmasken jeden Genres
äußerst billig. Hasen von 10 % an.

Julius Sauer,

578) Hundegasse 24, Danzig.

Cotillon-Orden

Knallbonbon

Touren auch leichweise empfiehlt

Wilhelm Herrmann,

Langgasse 49. (308)

Schittendecken u. Peche

zu Tagespreisen im Ausverkauf (723)

Langgasse 27.

Filztiefel,

Filzschuhe und

Russische

Gummi-Boots

um so schnell als möglich damit zu

räumen verkaufe zu bedeutend er-
mäßigten Preisen.

J. Willdorf,

Kürschnergasse 9. (724)

Grand

zum Bestreuen der Bürgersteige liefern

von 50 % ab. franco. Haus. Bei Be-
stellungen auf Brennmaterialien gebe
ich auf Wunsch kleinere Quantitäten
gratis. (641)

Adolph Zimmermann,

Dolmarkt 23 und Schiffsaase 1.

Neue u. gebrauchte

Stahlgrubenschlenen,

Transportable Geleise,

Mulden-Kipplowries,

Weichen, Stahlradsätze,

Laschen, Schrauben, Schienen-

nägel 2c. 2c. (716)

offizieren

kauf- auch miethweise

Ludw. Zimmermann Nachf.,

Danzig,

Contoir u. Lager: Fischmarkt 20/21.

Harzer Kanarienhähne

(Vogelhändler)

zu verkaufen Al. Schrammberggasse 1,

2 Treppen, Ecke Glodenthor. (717)

Gespickte Hasen

Freitag und Sonnabend vorräthig.

Die Wild u. zahmes Geflügel vorh.

Wildhandlung Köpfergasse Nr. 13.

Neuheiten

in elegant. Ball- u. Gesellschafts-
kravatten empfiehlt

Louis Willdorf, Ziegenstraße 5.

2 Kappstuten,

5 und 6 Jahre alt, 3" groß, mit
guten Gängen, sich als Wagenpferde
eignend, stehen zum Verkauf bei

O. Grunau,

Tralan (Bahnhofsstation) bei Neuteich.

1 fetter Bulle

u. 1 fette Kuh

stehen zum Verkauf bei

R. Lickfett-Braunf.

(706)

Mein Restaurant,

(Deutsche Reichshalle), in der Haupt-
straße Culm's, ist vom 1. Juli d. J.
anderweit zu vermiethen. (721)

Culm, den 13. Januar 1887.

Grodzicki,

Ger. Sekretair.

</

Beilage zu Nr. 16255 der Danziger Zeitung.

Freitag, 14. Januar 1887.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. Windthorst: Der Reichskanzler hat, um zu beweisen, daß wir die Mittel für die Militärvorlage wohl aufbringen könnten, auf die Sparkassenbücher verwiesen. Man muß doch zunächst wissen, von wem die Spareinlagen herkommen; die bloße Summe beweist nichts. Um den nationalen Wohlstand im Ganzen zu finden, würde man noch etwas mehr wissen müssen, insbesondere die Hypothekenbelastung des Grundbesitzes. Es ist mir interessant, daß der Reichskanzler und die Herren von der konservativen Partei mit einem Mal so reich sind (sehr gut! links), wenn aber andere Forderungen gemacht werden, dann sind wir fürchterlich arm. Dann müssen wir die Zölle erhöhen, damit die Herren, die jetzt so reich sind, sich mehr entlasten können. Im preussischen Abgeordnetenhaus werden wir von dieser Reichthumsbemühung Gebrauch machen. Die Mittheilungen des Reichskanzlers verdienen unseren vollen Dank. Ich hoffe, daß es seinen Bemühungen auch ferner gelingen wird, das Drei-Kaiserbündniß zu erhalten. Der Reichskanzler scheint zu glauben, daß Artikel in Blättern, welche uns näher stehen, von uns inspirirt werden. Er hat allerdings eine Reihe von Blättern, von denen wir genau wissen, daß sie nicht allein direct inspirirt werden, sondern daß auch von Zeit zu Zeit sehr scharfe Artikel des Reichskanzlers darin stehen. (Stirkt Bismarck: Ein großer Irrthum!) Ich will es ja gern glauben, wenn es der Reichskanzler sagt. (Heiterkeit.) Aber es ist in der offiziellen Presse ein Mann, der sich den Styl des Reichskanzlers absolut angeeignet hat. (Heiterkeit.) Es wäre gut, auf den Mann Acht zu geben, da eine Verwechselung desselben mit dem Reichskanzler ganz verhängnisvolle Folgen namentlich in der auswärtigen Politik haben könnte. (Heiterkeit.) Keine Partei hier im Hause hat einen Reptilienfonds. (Sehr richtig! links.) Die Zeitung schreibt also, wie es ihr ums Herz ist und wie man am Besten Abonnenten bekommt. Was die bulgarische Frage betrifft, so war ich im Allgemeinen mit der Politik des Reichskanzlers einverstanden und bin es noch heute, nur nicht mit der Intercession für die Hochverräter, das ist ein bedenkliches Präcedens. Wenn wir auch in Bulgarien, am Schwarzen Meer und in Konstantinopel kein Interesse hätten, Desterreich hat dort das vitalste Interesse, und haben wir ein Bündniß mit Desterreich, so ist es doch mindestens auffällig, daß der Reichskanzler immer von neuem wiederholt, dieses Interesses wegen haben wir nichts zu thun. Gehen wir nicht von der Anschauung aus, daß die Regierungen optima fide mit Verstand arbeiten, und gehen die Regierungen nicht von der Ansicht aus, daß auch der Reichstag optima fide mit Verstand vorgeht, dann ist ein gedeihliches Vorgehen in Deutschland überhaupt undenkbar, und ich leugne nicht, daß es mir aus verschiedenen Wendungen des Reichskanzlers in diesen Tagen und von jener Seite vorkommt, man suche nach Material, um zu beweisen, mit einem so componirten, auf einer solchen Basis gewählten Reichstag gehts nicht. Dieses Material werden Sie nicht bekommen, denn ich habe gefunden, daß es bisher gut gegangen ist. (Lachen rechts.) Der Reichskanzler hat sich bei jeder Gelegenheit bemüht, die jetzige Mehrheit des Reichstags unangenehm zu bezeichnen, wer bürgt ihm denn

dafür, daß nicht gerade nach Ablauf des von einem neuen Reichstag bewilligten Septennats eine Mehrheit von Socialdemokraten gewählt wird? Alle die Argumente, welche er gegen 3 und 1 Jahr angeführt hat, passen auch auf 7 Jahre. Wer die drei Jahre nicht will, muß einen eisernen Militäretat verlangen, dann aber werden auch die übrigen Minister einen eisernen Etat haben wollen, und das Budget hört auf. Daß das Budgetrecht der Regierung unbequem ist, begreife ich, und umsomehr, als die Träger der Regierung aufgewachsen sind in den Anschauungen der absoluten Monarchie. Wenn man aber im Laufe der Zeit sich überzeugt hat, daß es mit dem absoluten Regiment nicht mehr geht und in Folge dessen die constitutionelle Regierungsform eingeführt ist, dann muß man auch die Konsequenzen hinnehmen. Bei der jährlichen Bewilligung des Militäretats wie in England würde der Militäretat am glatteften durchgehen. Redner erörtert dann nochmals die Geschichte Hannovers und fährt dann fort: Was geschieht nun, wenn die Vorlage nicht zu Stande kommt? Ich vertraue, daß die Regierung sich strittissime an die Verfassung und die Gesetze halten werden. Es ist unzweifelhaft, daß die Friedenspräsenzstärke nicht einseitig von den Regierungen und dem Kaiser erhöht werden könnte. Daraus, daß jeder dienen muß, folgt nicht, daß er herangezogen werden muß, es sei denn, daß das Gesetz es verlangt, und ein solches Gesetz ist der Etat. Nehmen die Regierungen die drei Jahre nicht an, so haben sie offenbar andere Absichten, und diese finde ich darin, daß ihnen die Bestimmungen der Verfassung nicht mehr bequem sind. Dann wäre es offener und correcter, uns eine Vorlage zu machen, welche eine Abänderung der beschwerlich gefundenen Bestimmungen verlangt, nicht aber zu denken, mit Otkörung etwas zu machen. Ich möchte den Juristen kennen, der mit dem Nachweis betraut ist, daß man unter Umständen einseitig die Verfassung ändern kann.

Fürst Bismarck: Ich kann dem Vorredner nochmals die bündigste Zusicherung geben: Wir werden uns innerhalb unserer verfassungsmäßigen Berechtigung bewegen; wir hoffen aber, daß auch die Majorität des Reichstags dasselbe thun werde.

Das vierte Alinea des Verfassungsartikels 62 lautet: „Bei der Feststellung des Militärausgabebetrags wird die auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation des Reichsheeres zu Grunde gelegt.“

Was ist nun die „auf Grundlage dieser Verfassung gesetzlich feststehende Organisation“? Das ist der Art. 59 und der Art. 63 im Absatz 4. Art. 59 bestimmt die Präsenzzeit eines jeden wehrpflichtigen Deutschen bei der Fahne auf 3 Jahre, und Art. 63 enthält das Moderamen, daß der Kaiser den Präsenzstand bestimmt. Es ist aliter, so lange das Septennatsgesetz gelten wird, bis 1888. Es wird den verbündeten Regierungen und dem Kaiser nicht einfallen, vorher unter Ignorirung der Grenze, die durch das Septennatsgesetz gezogen ist, die aber schwindet, wenn das Septennatsgesetz abgelaufen ist, etwa den gesetzlichen Präsenzstand überschreiten zu wollen. Es ist ja möglich, daß —, namentlich wenn die Auflösung eintritt — ein Zeitraum verläuft, indem wir den Reichstag nicht gegenwärtig haben; es ist auch möglich, daß wir dauernd vom Reichstage die Mittel nicht erhalten können, die zum Schutz unserer Grenzen uns nothwendig scheinen. Dann, glaube ich, wird dem Kaiser als König von Preußen immer noch die Möglichkeit offen stehen, von dem preussischen Landtag die Mittel zum Schutze des gemeinsamen Vaterlandes zu erlangen.

(Bravo! rechts, Bewegung). Dort werden wir nicht so lange zu bitten brauchen.

Die Regierung soll, wenn sie die 3 Jahre ablehnt, Hintergedanken haben, die sie nicht ausspricht! Diese Verschuldung gebe ich zurück: wenn Sie die 7 Jahre ablehnen, so müssen Sie durchaus Hintergedanken haben. Wir werden die Machtvertheilung so, wie sie durch die Verfassung gegeben ist, festhalten; aber ich fürchte, daß Sie nicht zu den saturirten Mächten Ihrerseits gehören. Sie wollen erobern, wir wollen den Bestand behalten; wir scheuen die Möglichkeit der Conflicte, Sie gehen diesen bereitwillig und frohen Muthes entgegen. Wir sind die Friedliebenden, und Sie sind die Eroberer wollen. (Oh oh! links und im Centrum.) Der Vorredner hat meine Data wegen der Sparkassen theils angezweifelt, theils sie in Widerspruch zu bringen gesucht mit den finanziellen und wirtschaftlichen Beschwerden über die so häufig und auch von meiner Seite gefast wird. Wir haben ja Arm und Reich bei uns. Arm ist bei uns in Preußen vor allen Dingen der Fiskus. Daß die landwirtschaftlichen Interessen, also die Interessen der großen Mehrheit — von $\frac{1}{2}$ bis $\frac{2}{3}$ der Bevölkerung — nicht in einem blühenden Zustand sind, das werden Sie aus meiner Statistik ersehen. Wenn ich die Durchschnittsziffer der Spareinlagen ziehe so werden Sie finden, daß am tiefsten unter dem mittleren Durchschnitt die rein aderbaureibenden Provinzen stehen und am höchsten die industrie- und handelsreibenden Provinzen. Aber vor allen Dingen geht daraus hervor, daß die arbeitende Klasse, von der die Haupteinlagen herrühren, sich seit der Einführung der Schutzölle in einer ununterbrochen fortschreitenden Sparfassenwohlhabenheit befindet.

Der Vorredner hat ferner jeden Zusammenhang von Reichstagsmitgliedern mit den Zeitungen, die ich citirt habe, bestimmt zurückgewiesen. Ich weiß nicht, ob es der „Germania“ ganz lieb sein wird, wenn das öffentlich bekannt wird, daß sie ganz auf eigenen Füßen steht und vom Abg. Windthorst zurückgewiesen wird in ihres Nichts durchbohrendes Gefühl. (Heiterkeit.) Der Abgeordnete hat gesagt, daß es mit mir ganz anders sei: ich stände, ich weiß nicht, mit wie vielen Zeitungen in einer solchen Verbindung, daß ich nicht nur schreiben lasse, sondern selbst darin schreibe; er hat meinen Stil darin wiedererkannt. Er irrt sich aber, wenn er glaubt, ich hätte die Zeit dazu. Bedenken Sie, welche Geschäftslast auf mir ruht! Diese Gegner dagegen haben gar nichts auf der Welt zu thun, als mir das Leben sauer zu machen in der Presse oder hier im Reichstag. Das ist ihre ganze Beschäftigung. (Ruf: Wie wissen Sie das?) Ich befreite nicht, daß ich mitunter Aufsatze gebe, einen solchen Artikel zu schreiben, und ihn mir vorlesen lasse, um zu sehen, ob er nicht eine Unhöflichkeit gegen den Reichstag enthält. (Große Heiterkeit) oder gegen sonst jemand. Aber ich kann doch unmöglich für jeden Inhalt irgend einer Redaction verantwortlich sein. Es passiert mir vielleicht nur in vierzehn Tagen einmal, daß ich ein derartiges Erleichterungsbedürfnis habe. Der Abgeordnete meint, die verbündeten Regierungen wären der Ansicht, daß es mit einem so componirten Reichstage nicht ginge. Das ist allerdings unsere Meinung; daß ist aber kein Losagen vom Boden der Verfassung. Wir bleiben auf dem Boden der Verfassung, wenn wir durch eine Auflösung zu einem andern Beschluß zu gelangen suchen, und wenn wir inzwischen nach Material suchen, um die Wähler zu überzeugen, daß gerade unsere Ansicht die richtige ist. Recht muß doch Recht, und Wahrheit

muß doch schließlich wahr bleiben, darauf verlassen wir uns. (Bravo rechts.) Und wir werden auch schließlich die Wähler überzeugen, wo wahrer Patriotismus und wo die Sorge für die Sicherheit, für das Gedeihen Deutschlands zu suchen ist. Wir haben in unserer Friedensliebe 1874 diesen Compromiß auf 7 Jahre abgeschlossen und sind bereit, alle 7 Jahre wieder in diese qualvollen Discussionen einzutreten, aber nicht öfter. Sie wollen sich von dem Compromiß losagen und sagen: Nicht sieben Jahre, alle drei Jahre sollen wir das. Wenn Sie drei Jahre haben, werden Sie sagen: Alle zwei Jahre, warum nicht alle Jahre, — und wir werden die Unruhe darüber gar nicht los. Es giebt außerdem noch einen für mich persönlichen Grund. Ich hoffe, in drei Jahren noch zu leben, in sieben Jahren aber nicht mehr; da hoffe ich all dieses Glendes überhoben zu sein, und ich hoffe, daß der Herr Abg. Windthorst — ich wünsche ihm, daß er noch zehn Jahre lebt; aber er ist doch in denselben Jahren wie ich, und wenn wir Beide weg sind, werden Sie sich vielleicht besser vertragen. (Bewegung.)

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Der Abg. Richter sagte, der französische Kriegsminister erreiche eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke dadurch, daß er geringere Dienstzeit einführe. Das ist nicht richtig. Diese Dienstzeit wird unter allen Umständen nicht unter die heruntergehen, die wir seit einiger Zeit schon haben, die wir nicht zu erhöhen suchen, aber auch nicht herabsetzen wollen. Der Abg. Richter hat gesagt: der Kriegsminister sieht mich ganz verwundert an. Soweit habe ich mich nicht vergangen. (Heiterkeit.) Worüber sollte ich mich auch wundern? Die thatsächlichen richtigen Angaben sind mir bekannt, und über die Deductionen mich zu wundern, bin ich zu höflich. Das Eisenbahnregiment in das Militärgesetz aufzunehmen, hat man bisher unterlassen, weil es noch für entwicklungsbefähigt gehalten wurde; künftig wird es aber geschehen. Was die Marine betrifft, so rechtfertigt der Unterschied der Organisation eine andere Behandlung als die des Heeres; sie hat auch noch nicht ihre Entwidlung in dem Sinne abgeschlossen, wie das Landheer. Wenn der Abg. Richter den Forderungen der Regierung gegenüber fragt, wozu dann der Reichstag da sei, so frage ich: Wenn Sie nach drei Jahren wieder über die Präsenz bestimmen wollen, wozu sind denn dann die Regierungen da? Der Abg. Richter sagt dann, vom Standpunkt des Kriegsministers könne er die Vorlage verstehen, der könne das Land nicht wehrfähig genug haben. Aber glauben Sie denn, daß das Reichskriegsamt sich mir in Allem so geneigt zeigt? Die Bezugnahme des Abg. Richter auf 1848 war außerordentlich unglücklich. Welcher Staat ist denn damals am tollsten zu Grunde gegangen? Und Ludwig Philipp war doch gewiß ein sehr constitutioneller König; was hat es ihm geholfen? Ein starkes Königthum ist wichtiger für die Erhaltung eines Landes, als eine weitere Stärkung der Macht des Parlaments. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rechts): Hr. Windthorst hat wiederholt versichert, daß er jeden Mann und jeden Groschen zu bewilligen bereit sei. Ich habe immer gefürchtet, daß er seinem Versprechen nicht nachkommen werde. Sie haben doch gewünscht, daß der Bundesrath festhalten werde an dem Septennat. (Ruf: Nein!) Was Sie jetzt anbieten, ist in der That nur die Verweigerung. Sie haben selbst nicht geglaubt, daß die Regierung darauf eingehen werde. Sie haben die drei

Verantwortliche Redaction: für den polit. u. den theol. u. pädagog. Theil Hr. Dr. A. Hermann, — das Feuilleton und Literarische H. Rüchert, — den lokalen und provinziellen Handels-, Marine-Theil und den übrigen nachstehenden Fächern: A. Klein, — für den Inserat- u. theilw. A. B. Katenmann, Kammrath in Danzig.